

Laibacher Zeitung.



Nr. 15.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Austellung im Haus halbj. 50 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. 7.50.

Dienstag, 20. Jänner.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere des Jctis 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen der Zeile 3 kr.

1880.

Nichtamtlicher Theil.

Parlamentarisches.

In der am 16. d. M. abgehaltenen Sitzung des Clubs der Liberalen sprach Abg. Wolfrum zunächst seinen Dank für die neuerlich auf ihn gefallene Wahl zum Obmann aus und brachte sodann den Brief des Clubs der vereinigten Fortschrittspartei bezüglich der Rückberufung der sieben Mitglieder dieses Clubs aus dem Executivcomité der Verfassungspartei zur Verlesung.

Abg. Dr. Weeber, auf dessen Brief an die Osmüher Wähler in diesem Schreiben reflectiert wird, nahm sodann das Wort, um die Erklärung abzugeben, daß er bei Abfassung seines Rechtfertigungsschreibens, welches durch die Osmüher „Neue Zeit“ publiciert wurde, zunächst seinen Wählern gegenüber seine Abstimmung zu motivieren gedachte. Er habe keineswegs die Absicht gehabt, bei Darlegung der Gründe seines Votums die Abstimmung der Mitglieder dieses oder eines anderen Clubs einer Kritik zu unterziehen. Nach seiner Ansicht sei daher der in seinem Rechtfertigungsschreiben gebrauchte Ausdruck: „planlose Opposition“, den man von Seite des Fortschrittsclubs beanstandet, nicht gegen Abgeordnete gerichtet gewesen. Er bedauere, in seiner Erregung, die durch die damaligen Vorgänge und die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen begründet erscheine, jenen Ausdruck gebraucht zu haben; denn wie er nun bei ruhigerer Erwägung erkenne, sei die citierte Stelle jenes Briefes in der That so gefaßt, daß ihr auch eine andere als die von ihm intendierte Deutung gegeben werden könne, wenn es auch gewiß nicht in seiner Absicht gelegen sei, diese Deutung möglich erscheinen zu lassen.

Nach dieser Erklärung des Abg. Dr. Weeber entspann sich eine lange, ziemlich bewegte Debatte, in welcher es jedoch gelang, die anfangs stark erregten Gemüther zu calmieren. Es wurde einerseits eine energische Zurückweisung der Zuschrift des Fortschrittsclubs verlangt und dabei hervorgehoben, daß ja die Wehrfrage von Anfang an nicht als eine reine Verfassungsfrage aufgefaßt worden sei. Ueberdies gebe ja das Schreiben des Fortschrittsclubs selbst zu, daß bezüglich der dritten Abstimmung ein gemeinsames Vorgehen nicht beschlossen wurde. Andererseits wurde darauf hingewiesen, daß es nicht angehe, durch eine von Club zu Club geführte Polemik die herrschende Misstimmung zu verschärfen. Es wäre sonst die Gefahr vorhanden, eine vollständige Spaltung in der Verfassungspartei heraufzubeschwören, die zu vermeiden man gerade jetzt, wo die eigentlichen Verfassungsfragen zur Berathung gelangen werden, allen Grund habe. Der Fortschrittsclub anerkenne selbst in seinem Schreiben die Möglichkeit, auch fernerhin in Verfassungsfragen

einig vorzugehen, und dieses Zusammengehen der Fractionen der Verfassungspartei sei zu wichtig, als daß man es durch eine sich etwa entspinne Polemik beeinträchtigen sollte.

Die Abgeordneten Plener, Czedit und Scharschmid hatten im Laufe der Debatte Anträge vorgelegt, welche sich auf die Form des an den Fortschrittsclub zu richtenden Antwortschreibens bezogen. Die Versammlung, in welcher ungefähr 50 Mitglieder anwesend waren, beschloß, noch kein definitives Votum abzugeben, und beauftragte das Bureau des Clubs, im Vereine mit den drei genannten Antragstellern in der nächsten Sitzung einen Entwurf des Antwortschreibens an den Fortschrittsclub vorzulegen, über welchen der Club endgültig entscheiden wird.

Die im Abgeordnetenhaus eingebrachte Regierungsvorlage, betreffend die Dotation der katholischen Seelsorge-Geistlichkeit aus dem Religionsfonde, lautet:

§ 1. Selbständigen katholischen Seelsorgern und den systemisirten Hilfsgeistlichen derselben wird das standesmäßige Minimal-Einkommen (die Congrua) insoweit aus dem Religionsfonde ergänzt, als es durch die mit dem geistlichen Amte verbundenen Bezüge nicht bedeckt ist. Den mit dem geistlichen Amte verbundenen Bezügen wird gleichgehalten: 1.) Dasjenige Einkommen, das der Geistliche in gesetzlich zulässiger Weise (§ 54 des Gesetzes vom 7. Mai 1874, R. G. Bl. Nr. 50) aus den Überschüssen des Pfarrkirchenvermögens erhält; 2.) das Einkommen, das er aus kirchlichen Dotations- und Unterstützungsfonds bezieht.

§ 2. Das standesmäßige Minimal-Einkommen wird unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse im Verordnungswege festgesetzt. Für diese Festsetzung bleiben die in den Finanzgesetzen bewilligten Credite maßgebend.

§ 3. Der im einzelnen Falle zur Ergänzung der Amtseinkünfte (§ 1) erforderliche Betrag wird auf Grund eines zur behördlichen Prüfung vorzulegenden Einkommensverzeichnisses der mit dem geistlichen Amte verbundenen Einnahmen und Ausgaben ermittelt. Die Grundsätze, nach denen hierbei Einnahmen und Ausgaben einzubekennen sind, sowie die auf verspätete und unrichtige Einkommensverzeichnisse gesetzten Folgen und Strafen werden im Verordnungswege bestimmt.

§ 4. Auf Seelsorge-Stationen, welche einer regulären Communität einverleibt sind, finden die Bestimmungen dieses Gesetzes keine Anwendung. Dasselbe gilt von den einer weltgeistlichen Körperschaft einverleibten Seelsorge-Stationen, so lange die Körperschaft hinreichende Mittel besitzt, um für das standesmäßige Minimal-Einkommen der mit der Seelsorge betrauten Geistlichen aus Eigendem zu sorgen.

§ 5. Wird der Bestand einer Seelsorge-Station als nicht notwendig erkannt, so ist die Dotation oder

Unterstützung aus dem Religionsfonde sofort einzustellen. Dasselbe hat zu geschehen, sobald nachgewiesen ist, daß die Congrua eines Seelsorge-Geistlichen durch Zuschüsse aus verfügbaren Mitteln des Pfarrkirchenvermögens (§ 1) gedeckt werden kann. In beiden Fällen steht die Entscheidung nach Einvernehmung des Diöcesanbischöfs dem Cultusminister zu.

§ 6. Dieses Gesetz tritt mit 1. Jänner 1881 in Kraft. Mit dem Vollzuge desselben sind der Minister für Cultus und Unterricht und der Finanzminister beauftragt.

Dem Motivenberichte ist ein provisorischer Congrua-Regulierungsplan beigegeben, der unter anderen für die drei Provinzen Krain, Steiermark und Kärnten folgende Minimal-Einkommen festsetzt: I. In der Landes-Hauptstadt: für selbstständige Seelsorger 1000 fl., für Hilfspriester 400 fl.; II. in Städten und Märkten über 2000 Einwohner und in Curorten 700 fl., beziehungsweise 350 fl.; III. in allen anderen Orten 500 fl., beziehungsweise 300 fl.

Zur Eisenbahnpolitik.

Inbetreff der Couponsfrage der Prioritäten der „Mährischen Grenzbahn“ finden wir im „Fremdenblatt“ nachstehende aufklärende Ausführungen: Die Regierung hat dem Verwaltungsrathe der mährischen Grenzbahn notificiert, daß sie nicht in der Lage sei, für einen Staatszuschuß zur Verzinsung der Prioritäten bei dem Reichsrathe einzutreten. Diese Entscheidung hat in gewissen Kreisen Aergerniß erregt. Und doch sind dieselben Kreise in Verlegenheit, Gründe dafür anzuführen, daß die Regierung einem Zuschuß über die auf eine bestimmte Ziffer fixierte Zinsengarantie bewilligen sollte. Bekanntlich hat es der vorige Handelsminister über sich gebracht, dem Reichsrathe eine Garantie-Erhöhung von 336,000 auf 410,000 Gulden vorzuschlagen, um hiedurch die 5procentige Verzinsung der Prioritäten zu ermöglichen, während der kleinere Betrag nur zu einer 4procentigen Verzinsung hinreichen würde. Allein der Reichsrath hat diese Erhöhung rundweg abgelehnt und selbe bloß für das Jahr 1879, und zwar erst nach lebhaftem Widerstreben gestattet, in der Erwartung, daß entweder der Verwaltungsrath Mittel zur Sanierung finden oder die Prioritätenbesitzer Zeit gewinnen könnten, sich in ihre Lage zu fügen. Dies letztere ist gewissermaßen auch geschehen, denn in der That notieren die Prioritäten der mährischen Grenzbahn um etwa 20 Procent niedriger als andere Obligationen von etwa gleichem Range. Der Verwaltungsrath aber, derselbe Verwaltungsrath, der in schwer zu rechtfertigender Weise seinerzeit um 1 Million Prioritäten zu viel ausgegeben hat, um die unproductive Linie Böptau-Hohenstadt weit über ihren Wert zu erwerben, hat darauf ge-

Feuilleton.

Was die Liebe vermag.

Roman, frei nach dem Englischen bearbeitet von Ed. Wagner (Verfasser der „Alga“).

(Fortsetzung.)

Sogleich, nachdem Clifford in seiner Wohnung angekommen war, schrieb er eiligst an Lady Romondale und begab sich dann nach dem Hauptpostgebäude, um seinen Brief dort aufzugeben, damit derselbe am nächsten Morgen in dem Besitze der Lady sein würde.

Lady Romondale nahm nebst seiner Gemahlin das Frühstück ein, als der Haushofmeister eintrat und die Postbrieftasche brachte. Der Lord öffnete die ihm gereichte Brieftasche und leerte sie.

Mit erwartungsvollem Blick trat seine Gemahlin zu ihm hin. Er legte die Briefe, die größtentheils von politischen Freunden kamen, zur Seite und sagte jetzt:

„Hier sind auch Briefe für dich, Alice. Dieses Schreiben scheint von einer Widoistin zu kommen, die wahrscheinlich um deine Rundschaft bittet, das andere enthält unfehlbar ein Witigesuch, und hier endlich ist ein Brief von männlicher Hand, mit dem Poststempel „London“. Von wem mag dieser Brief abgesandt sein, da du, so viel ich weiß, keine Bekannte in England hast?“

Er legte die Briefe auf einen silbernen Teller und der Diener überreichte sie der Lady.

Sie öffnete die beiden ersten Briefe und überflog sie flüchtig, während sie den dritten ungelesen in die Tasche gleiten ließ. Während der Lord sich in seine Correspondenz vertiefte, verließ Lady Romondale das Morgenzimmer und begab sich nach der Bibliothek.

Hier angekommen, ließ sie sich auf einem Schaukelstuhl nieder und öffnete den Brief, der, wie sie vermuthet hatte, von Clifford abgesandt war. Das Schreiben lautete:

„My Lady! Ich habe die junge Dame, von der Sie mir kürzlich erzählten, gesprochen. Sie werden sie Sonnabend mittags um ein Uhr in der auf beiliegender Karte verzeichneten Wohnung antreffen. Ich sagte ihr, daß Sie als Erzieherin und unter dem Namen Miss Anna Dunley in London lebten. Diese kleine Täuschung scheint mir unter den waltenden Umständen geboten. Sie werden von ihr mit sehnlichster Ungeduld erwartet.“

Lady Romondales Augen waren noch auf diese wenigen Zeilen gerichtet, als plötzlich und unerwartet ihr Gemahl eintrat. Sie gieng erschreckt auf den Kamin zu und warf den Brief ins Feuer. Doch die verätherischen Flammen verzehrten ihn nicht schnell genug, denn eben als der Lord sich dem Kamin näherte, konnte er noch deutlich die Unterschrift „Martin Clifford“ erkennen.

Er zuckte überrascht zusammen und sah seine Gemahlin forschend an. Sie stützte die Hand auf die Lehne eines Sessels und wandte ihr Anlitz ab.

„Wolltest du mir vielleicht etwas aus deinen Briefen mittheilen, Alice?“ unterbrach der Lord nach kurzer Pause das bedrückende Schweigen.

Die Lady antwortete nicht.

„Ich las soeben eine Unterschrift,“ fuhr ihr Gemahl nach abermaliger Pause fort, „die mich überraschte. Was kann Clifford meiner Frau in einem Briefe mittheilen haben, daß sie sich gezwungen sah, denselben bei meinem Eintritt zu vernichten?“

Ein neues Schweigen folgte auf diese Worte.

„Ich will nicht annehmen,“ begann der Lord dann wieder mit leiser, grossender Stimme, „daß Mr. Clifford es wagen sollte, dir etwas zu schreiben, was dein Mann nicht lesen dürfte?“

„Der Brief erhielt nur Mittheilungen, die jedermann lesen durfte,“ antwortete endlich, ohne aufzublicken, die Lady.

„Diese Worte klingen seltsam in dem Munde einer Frau ihrem Gatten gegenüber. Du lebst beinahe immer im Auslande, Alice, und bist noch unbekannt mit den englischen Sitten. Es wäre möglich, daß man deine große Schönheit nicht nur bewunderte, sondern auch von dieser Bewunderung zu dir zu sprechen wagte.“

„Du irrst dich, Albert,“ unterbrach die Lady ihren Gemahl. „Aber ich verspreche dir, daß kein Mann ungestraft vergessen soll, daß ich deine Gattin bin!“

rechnet, daß die Steuerzahler abermals das verfahrenere Unternehmen zu sanieren hätten.

Es ist daher vollkommen begreiflich, daß die Regierung ein solches Ansuchen rundweg abgelehnt hat. Zahlt doch der Staat alljährlich kolossale Summen an die garantierten Bahnen, ohne damit einen erheblichen Einfluß auf deren Leitung zu gewinnen. Auch ist die Finanzlage des Staates durchaus nicht darnach angethan, um derartige Geschenke zu rechtfertigen. Partei-Unterschiede haben gleichfalls nichts mit der Sache zu schaffen; sie ist lediglich eine Geldfrage. Als einziges Motiv für die dem Staatsfiskus zugemuthete Opferwilligkeit weiß man aber nichts anzuführen, als die Intacthaltung des Eisenbahncredits. Das ist natürlich ein dehnbarer Begriff. Unseres Erachtens wird der Eisenbahncredit dadurch intact erhalten, daß die Regierung ihre Verpflichtungen bis zum T-Pföfchen erfüllt, nicht aber dadurch, daß sie es übernimmt, beliebige und weder im Rechte noch in der Klugheit begründete Anforderungen zu decken. Und die Regierung leistet bis auf Heller und Pfennig, was die Concessionsurkunde der mährischen Grenzbahn vorschreibt, wenn sie die Subvention von 360,000 fl. bezahlt, nicht mehr und nicht weniger. Dieselben Fehler, wie die mährische Grenzbahn, haben auch verschiedene andere Bahnen gemacht, indem sie zu Lasten einer Staatsgarantie ungarantierte Linien erwarben. Es ist uns nicht erinnerlich, daß der Staat irgend eine der betreffenden Gesellschaften durch Erhöhung der Staatsgarantie in die Lage gesetzt habe, das Fehlende an der Verzinsung zu ergänzen. Gerade jetzt, wo alle Anzeichen dafür sprechen, daß die Verstaatlichung garantierter Bahnen ernstlich ins Auge gefaßt wird, wäre es gewiß nicht wirtschaftlich und vom staatsfinanziellen Standpunkte aus nicht klug, jene Werte, deren Einlösung zu erwarten ist, durch unmotivirte Vergünstigungen in die Höhe zu schrauben.

Deutschland und Frankreich.

Selten hat noch ein Zeitungsartikel so allgemeines Aufsehen hervorgerufen und eine so große Bedeutung beanspruchen dürfen wie jener, den die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 15. d. M. über das Verhältniß der deutschen Politik zu den Vorgängen in Frankreich veröffentlicht. Ton und Haltung des Artikels berechnete zu dem Schlusse, daß er unmittelbar durch den Reichskanzler selbst veranlaßt ward, um allen in der deutschen Presse auftauchenden Gerüchten von seiner Abneigung gegen das jetzige französische Ministerium entgegenzutreten. Die kurze Auseinandersetzung ist ganz in dem entschiedenen und vorurtheilsfreien Geiste gehalten, der Bismarcks auswärtige Politik von jeher kennzeichnete, und nicht ohne Staunen werden die Reactionäre in Frankreich und auswärts, welche den großen deutschen Staatsmann ob seiner Abneigung gegen die parlamentarische Regierungsform so gern zu den ihrigen zählen, diese stramme Absehnung jeder Feindschaft gegen die französische Republik in den Spalten des officiösen Berliner Blattes lesen. Die „N. fr. Pr.“ wendet diesem sensationellen Artikel nachstehende Würdigung:

„Der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ richtet sich, obwohl er von dem Gedanken ausgeht, daß der deutschen Politik nichts ferner liege, als der Versuch, sich irgendwie in die inneren Angelegenheiten Frankreichs zu mischen, ganz direct gegen die französischen Monarchisten. Sie hatten, weil sich eine Anzahl deutscher Blätter in richtiger Erkenntnis der Dinge freundlich über das Ministerium Freycinet ausdrückte, die lächerliche

Anschuldigung erhoben, die Republikaner seien im Bunde mit dem Auslande, sie würden durch die deutsche Regierung unterstützt. Darauf erfolgt nun von Berlin die Antwort, und sie ist so deutlich, daß alle Parteien in Frankreich sie verstehen werden. Der Artikel weist die Behauptung, daß die wohlwollenden Stimmen unabhängiger deutscher Blätter über die Wendung der Dinge an der Seine vom Reichskanzleramte ausgegangen, mit Nachdruck zurück, um den französischen Reactionären auch nicht den Schatten eines Grundes für ihre thörichte Anklage zu abhaken; aber er sorgt gleichzeitig dafür, daß diese Erklärung in Frankreich nicht falsch verstanden und etwa gegen die jetzige französische Regierung gedeutet werde. Nachdem der Artikel ausgesprochen, daß Fürst Bismarck jede Parteinahme vermeide, die in Frankreich verlegen könne; nachdem er die abschälligen deutschen Stimmen über die letzte französische Krise getadelt hat, weil für die Freundschaft großer und ehrlicher Völker nichts schädlicher ist, als der Glaube, daß die inneren Angelegenheiten des einen von der Regierung des andern beeinflusst würden“, schließt er mit einer Enthüllung, welche die französischen Monarchisten in den Augen des eigenen Volkes an den Pranger stellt.

„Die Enthüllung ist allerdings, wie es dem Charakter und Stil eines officiösen Blattes und den Umständen entspricht, keine vollständige. Man muß sie zwischen den Zeilen lesen; aber wer zu lesen versteht, wird nicht einen Augenblick im Zweifel sein. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ deutet nur die Möglichkeit an, daß in der Zeit, bevor Graf Saint-Vallier zum französischen Botschafter in Berlin ernannt ward, Versuche einzelner französischer Parteien gemacht worden seien, die Unterstützung Deutschlands zu gewinnen, und sie fügt hinzu, diese Versuche könnten nur „in der Richtung des 16. Mai und des Staatsstreiches“, aber durchaus nicht im Interesse der jetzt mit einander ringenden Parteien stattgefunden haben.“ Mehr wollte und konnte das Blatt nicht sagen; aber wir denken, es ist genug. Ein ernsthaftes, der Regierung nachstehendes Organ macht solche Andeutungen nicht, wenn es nicht Kenntnis von bestimmten Thatsachen hat. Wir dürfen getrost annehmen, daß von Seite der französischen Monarchisten, durch specielle Unterhändler oder durch Gontaut-Biron selbst, in Berlin Anfragen oder gar bestimmte Anträge gestellt wurden. Der Sippstift, die ihren Führer im Herzog von Broglie verehrte, ist das zuzutragen, und sie hätte, wenn sie die Hülfe des Auslandes für eine Restauration in Anspruch nahm, ganz im Geiste ihrer Ahnen von 1792 gehandelt, die an allen Höfen Europas zum Kriege gegen ihr eigenes Vaterland hielten und die legitimistische Livree der nationalen Fahne vorzogen.

„Wenn ihre würdigen Enkel den Plan verfolgten, mit Deutschlands Unterstützung einen Monarchen in Paris einzusetzen zu lassen, so hätten sie ihre politische Unfähigkeit allerdings glänzend bewiesen. Die Julitage von 1830 haben gezeigt, wie Frankreich ein Königthum abschüttelt, das fremde Bajonnette zurückgebracht. Auch hätten die Männer des 16. Mai wissen können, wie wenig Bismarck in der auswärtigen Politik von Liebhabeereien und Gefühlen geleitet wird, und wie klar er sich darüber sein mußte, daß ein von Deutschland auf den französischen Thron gesetzter Monarch in einem Kriege gegen Deutschland das einzige Mittel sehen würde, sich in den Augen des französischen Volkes zu rehabilitieren. Haben die unverbesserlichen Königsmacher wirklich in Berlin um Bestand geworben, dann dürfte ihnen eine Abweisung zuthun geworden sein, die ihnen jede Lust zu neuen Versuchen benommen hat.

„Das verstand sich von selbst bei Bismarcks auf richtigem Wunsche, den Frieden und die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich zu erhalten, bei seiner unbedingten, oft schon ausgesprochenen Abneigung, in innere französische Zwistigkeiten einzugreifen. Allein daß im gegenwärtigen Augenblicke von Berlin aus daran erinnert wird, man hätte dort den französischen Monarchisten den Rücken gedreht, das ist von großer politischer Bedeutung. Wir haben hier ein förmliches Programm der deutschen Politik gegen Frankreich, ein offenes und loyales Programm, das sich in folgende Sätze zusammenfassen läßt: „Wir werden, was immer in Frankreich geschehe, unsere friedliche und freundliche Haltung nicht ändern, und jedes Ministerium, mag es noch so radicale Mitglieder haben, wird uns angenehm sein, wenn es eine friedliche Politik beobachtet. Wir wollen die Fortdauer der Republik in Frankreich, und darum haben Unternehmungen wider die gesetliche Staatsform von unserer Seite auf keine Förderung zu rechnen.“

„Wenn irgend etwas das Herzen der Franzosen zu Gunsten Deutschlands umstimmen kann, wenn es überhaupt möglich ist, die Erinnerung an 1870 aus der Seele des gallischen Volkes zu tilgen, so werden diese Erklärungen aus Berlin mächtig dazu beitragen. Fürst Bismarck begnügt sich nicht damit, sich vollständig auf die Seite der Republik in Frankreich zu stellen, er spielt den Republikanern auch eine furchtbare Waffe gegen ihre politischen Widersacher in die Hand. Diese Stimmung der deutschen Regierungseise ist eine mächtigere Friedensbürgschaft, als alle Congresse und diplomatischen Actenstücke, sie gibt uns eine sichere Gewähr dafür, daß kein Ministerwechsel in Frankreich das deutsche Schwert in der Scheide lockert, so lange nicht aus inneren französischen Wirren das Medusenhaupt des Nachkrieges emporsteigt.

„Daß man in Berlin so ruhig gegen Westen blickt, das verdankt Deutschland theilweise dem Bunde mit Oesterreich. Wäre die Freundschaft unserer Monarchie zweifelhaft, hätte Bismarck nicht im vergangenen Herbst ein festes Band zwischen beiden Kaiserstaaten gewoben — seine Draone würden heute nicht so sprechen können. Es trifft sich gut, daß an demselben Tage, an welchem der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg.“ erschien, unser Minister des Auswärtigen im Budgetausschusse der Reichsrathsdelegation das innige Einvernehmen Oesterreichs und Deutschlands neuerdings bestätigte. „Dieses Einvernehmen“, sagte Freiherr von Haymerle, „ist ein Wert des Friedens. Es bedroht niemanden... es wurzelt in der Gemeinsamkeit der Interessen, in der gleichen politischen Auffassung, in der Freundschaft der Souveräne und den Sympathien der Bevölkerung. Es hat an sich solche Festigkeit und Dauer, als irgend eine Form geschriebener Worte ihm verleihen könnte.“ Diese Erklärung ist ganz geeignet, den Eindruck des Artikels der „Nordd. Allg. Ztg.“ in Frankreich zu erhöhen. Deutschland, dem die österreichische Freundschaft den Rücken deckt, braucht keine Besorgnisse von irgend einer Macht zu hegen, und wenn es trotzdem der französischen Republik so wohlwollend begegnet, so zeigt es dadurch den festen, von keiner Ueberlieferung beirrten Willen, einem neuen Kriege vorzubeugen und den alten tausendjährigen Reichsschild schirmend über den friedlichen Fortschritt der europäischen Völker zu halten.“

Die Declaration des französischen Ministeriums.

Die am 16. d. M. in beiden französischen Kammern verlesene Declaration des Cabinets Freycinet zeugt von dem festen Entschlusse des Premiers und seiner Genossen, die vorhandenen großen Schwierigkeiten unter Mitwirkung der Kammern und der Wähler im Geiste der Freiheit und der Gerechtigkeit zu lösen. Der Wahlspruch: Ruhe und Frieden! muß innerwie außerhalb Frankreichs bei allen denen, die da guten Willens sind, den wärmsten Anklang und die loyalste Unterstützung finden. Die einzelnen Fragen, die einer unmittelbaren Lösung bedürftig sind, werden in der Declaration aufgezählt. Sie sind zum Theile schon vorher in ziemlich bestimmter Form angedeutet worden. Hervorzuheben ist, daß das Ferry'sche Unterrichts-gesetz, mit Inbegriff des bekannten Artikels 7, von dem Cabinet dem Senate gegenüber aufrechterhalten wird, und dies erklärt auch den Umstand, daß die Declaration von der Kammer noch viel günstiger aufgenommen wurde, als vom Senate. Die allgemeine Amnestie wurde mit keinem Worte erwähnt, woraus deutlich hervorgeht, daß das Ministerium sich entschieden ablehnend gegen einen darauf abzielenden eventuellen Antrag verhalten wird. Die Reorganisation des Richterstandes soll erfolgen; derselbe soll „stark, geachtet und unabhängig bleiben und die republikanischen Institutionen achten.“ — Der Wortlaut der Declaration ist folgender:

„Der Cabinetwechsel, welcher mit Ihrer neuen Session zusammenfällt, bedeutet nicht ein Aufheben der klugen und maßvollen Politik nach innen wie nach außen, welche der Lage Frankreichs entspricht; er bedeutet auch keine Veränderung in den Beziehungen zwischen den verschiedenen Fractionen der republikanischen Majorität, deren Einigkeit und aufrichtige Ueberein-

Lord Romondale stützte seinen Arm auf den niedrigen Sims des geschmückten Kamins und blickte nachdenklich in die verlöschende Stut. Was sollte er von all' den Vorgängen denken? Es war ein Schatten zwischen ihn und seine Gemahlin getreten. Er erkannte plötzlich, daß sie ein Geheimnis befaß, welches sie ängstlich vor ihm verbar, und diese Gewissheit brachte ihm auch zugleich die Ueberzeugung, daß sie nicht offen vor ihm zeige, was in ihrem Innern vorgieng. Ein Zug der Bitterkeit flog über sein Antlitz und seine Stimme zitterte, als er nach kurzer Pause erwiderte:

„Ich wollte, daß wir nicht nach England zurückgekehrt wären. Im Auslande lebtest du ausschließlich für mich, hier jedoch scheint dir meine Gegenwart eher überflüssig, als lieb zu sein. Du höst es oft nicht, wenn ich dich anrede, oder du schreckst aus deiner Träumerei auf, in welcher du meiner ganz vergisst. Es ist, als wenn dich ein geheimner Schmerz bedrückt. Du sagtest mir, daß du deinen ersten Mann nicht geliebt hast, mithin kann dich sein Verlust nicht noch jetzt mit so tiefer Trauer erfüllen. O, sage mir, Alice was dich so oft schmerzhaft bewegt?“

Die Lady vermochte nicht zu antworten; die Worte ihres Vaters überraschten sie.

„Du kennst meine Ansicht, daß zwischen Mann und Frau Offenheit walten muß“, fuhr der Lord fort, „und deshalb sehe ich mich veranlaßt, dich zu fragen, ob auch du es nicht seltsam fandest, daß

Mr. Clifford sich erkühnte, dir am ersten Abend seines Hierseins im Gewächshause die Hand zu küß-n.“

Die Lady sah mit einem verzweiflungsvollen Ausdruck in ihren Augen zu ihm auf.

„Albert“, sprach sie vorwurfsvoll und mit erstickter Stimme, „du vertraust mir nicht mehr! Ich fürchte, daß unsere Heirat ein Irrthum war.“

„Ein Irrthum? Du bereust, mich gewählt zu haben, Alice?“

„Ja, um deinetwillen“, erwiderte die Gefragte schmerzlich. „Es wäre besser, wenn wir einander fremd geblieben wären.“

„So liebst du mich nicht mehr?“ rief der Lord aus, indem tiefe Blässe sein Antlitz überzog.

„Ich liebe dich unverbrüchlich und treu wie immer, Albert, aber du mißtraust mir, und ich bin nicht im Stande, dir diese Zweifel zu nehmen!“

„So soll uns dieses Geheimnis auch ferner trennen?“

Ihr Schweigen war ihm eine bedeutungsvolle Antwort. Es mußte ein furchtbares Geheimnis sein, welches sie so ängstlich vor ihm bewahrte, und diese Gewissheit erfüllte sein Herz mit tiefem Weh. Aber ein Blick auf die wie vernichtet in ihrem Sessel lehrende Gestalt seiner Frau ließ ihn nicht weiter in sie dringen; ein schwerer Seufzer entrang sich seiner gefolterten Brust, dann entfernte er sich mit raschen Schritten aus dem Gemach, Alice den bittersten Qualen der Verzweiflung überlassend.

(Fortsetzung folgt.)

stimmung mehr als je für das Wohl des Landes ersprießlich sind. Er bedeutet bloß, daß Frankreich, Dank dem errungenen Boden und der erprobten Solidität unserer Institutionen, nunmehr entschieden auf dem Wege der nothwendigen Reformen und der successiven Verbesserungen fortzuschreiten kann. Wir werden uns bestreben, dieselben ohne Ueberstürzung und ohne Schwäche zu verwirklichen, und wir rechnen dabei auf Ihre beharrliche Mitwirkung und Ihre energische Unterstützung. Wir sehen vor uns eine gewisse Zahl von Fragen, welche die Ereignisse gestellt haben und die ohne Nachtheil nicht in Schwebe belassen werden könnten. Wir werden jede derselben einer Lösung zuführen. Wir werden vom Senate verlangen, die Gesetzentwürfe über den öffentlichen Unterricht zu votieren, welche die Deputiertenkammer bereits angenommen hat. Und wir werden dieselben, in Gemäßheit der Bestrebungen des Landes, durch einen Gesetzentwurf über den Elementarunterricht vervollständigen. Die Reform des Administrationspersonales ist in die Hände der Regierung gegeben; unsere Sache wird es sein, Ihren Besorgnissen ein Ziel zu setzen durch eine gute Auswahl der höheren Beamten und durch eine anhaltende, feste und wachsame Thätigkeit in allen Abtheilungen der Hierarchie. Der Richterstand wird reorganisiert werden müssen; wir wollen mit Ihnen, daß derselbe stark, geachtet und unabhängig sei und unsere Institutionen achte.

„Unsere Vorgänger haben einen Gesetzentwurf über das Vereinsrecht vorgelegt. Wir nehmen die in demselben getroffenen Bestimmungen an. Ein Pressgesetz-Entwurf wird Ihnen unverweilt unterbreitet werden; derselbe wird von den weitesten Ideen der Freiheit getragen sein, aber er wird nicht die Immunität proclamieren. Es scheint uns in der That nicht klug, ein Privilegium zu Gunsten der Schriftsteller zu schaffen, noch auch die Republik entzweifeln den Angriffen und Verleumdungen auszuliefern, die bisher keine Regierung gebildet hat.

„Dies sind die Fragen, deren Lösung wir im Laufe der Legislaturperiode für möglich und nothwendig halten. Denjenigen gegenüber, die in ihrem edlen Eifer versucht wären, diese Aufgabe als ungenügend zu finden, werden wir erinnern, daß diese Aufgabe nicht die einzige ist. Interessen anderer Art fordern nicht minder Ihre Aufmerksamkeit. Das Land ist in der Ausführung eines ausgedehnten Programms für öffentliche Arbeiten begriffen; es wird der Republik zur Ehre gereichen, dieselben zu einem guten Ende zu führen. Die Regierung für ihren Theil wird sich denselben mit Ausdauer widmen.

„Sie werden weiters das Zollregime Frankreichs zu regeln haben und wir sind bereit, dasselbe mit Ihnen zu beraten. Bei dieser Beratung werden wir auf einen, dem gegenwärtigen Zustande nahegelegenen Boden verbleiben. Wichtige militärische Gesetze sind noch zu beschließen, wir werden von Ihnen verlangen, deren Beratung zu beschleunigen. Das Budget wird gleichfalls Ihr Studium in Anspruch nehmen. Dank den beständigen Mehrerträgen der Steuern, werden wir Ihnen erhebliche Steuerherabsetzungen beantragen können; wir werden dabei die nothwendige Dotierung der großen öffentlichen Arbeiten streng beibehalten. An Ihnen wird es gelegen sein, an Ihrer Methode, Ihrer Entscheidung, an dem Geiste, in dem Sie Ihre Beschlüsse fassen werden, die Vollendung des Werkes zu sichern, das Ihnen obliegt, und das in würdiger Weise die gegenwärtige Legislatur krönt. Was uns betrifft, die treuen Vollstrecker Ihrer Beschlüsse, so werden wir uns bemühen, die Gesetze mit Mäßigung und Unparteilichkeit und in einem stets liberalen Geiste anzuwenden. Unsere Fürsorge wird darauf gerichtet sein, der Nation zwei große Wohlthaten zu verschaffen, die ihr unerlässlich sind: die Ruhe und den Frieden. Ohne aufzuhören fest zu sein, werden wir versöhnlich sein, weil wir nicht ausschließen, sondern zurückbringen und eine Republik begründen wollen, welcher alle guten Franzosen nach und nach beitreten können. Sie werden uns, meine Herren, in diesem edlen Streben unterstützen. Sie werden halten, Ihr legislatives Werk in einer Weise zu vervollständigen, daß Sie, am Schlusse angelangt, nachdem Sie einerseits die Fragen, welche wir aufgelistet, gelöst und andererseits Veruhigung in die Gemüther getragen haben, ein Recht haben werden, zu sagen — und das allgemeine Stimmrecht wird es wiederholen — daß die Zeit gut angewendet worden und daß Sie sich ums Vaterland wohl verdient gemacht.“

Tagesneuigkeiten.

— (Personalnachrichten.) Die Fürstin Marie Liechtenstein in Wien feierte diertage ihr achtzigstes Geburtsfest. Die greise Dame wurde durch einen Besuch Ihrer Majestät der Kaiserin ausgezeichnet, welche im Palais Liechtenstein in der Herrergasse erschien, der Fürstin ihren herzlichsten Glückwunsch aussprach und ihr ein großes Bouquet überreichte. — Die „Concordia“ und der Wiener Zweigverein der Deutschen Schillerstiftung veranstalten gemeinsam mit dem Verein der Literaturfreunde, dem Goetheverein, den wissenschaftlichen Club und anderen Corporationen eine Feier zu Ehren des Dichters Ludwig August v. Frankl, dessen hiezigster

Geburtstag auf den 3. Februar d. J. fällt. — Regierungsrath Dr. Alois Schembera, Redacteur des Reichsgesetzblattes im Ministerium des Innern, feierte vorgestern den vierzigsten Geburtstag seiner Vermählung. Der Jubilant verzeichnet zugleich das fünfzigste Jahr seines öffentlichen Dienstes, gehört also zu den ältesten activen Beamten der Monarchie.

— (Julius Rosen.) Der bekannte Theater-Schriftsteller Julius Rosen, dessen eigentlicher Name Duffel ist, hat bei der betreffenden Behörde angefragt, seinen Schriftstellernamen „Rosen“ als Familiennamen beibehalten und denselben auch auf seine Nachkommen schaft übertragen zu dürfen.

— (Für Juristen.) Vor kurzem erlosch einer Mittheilung der „Presse“ zufolge eine oberste Entscheidung, welche für jene Juristen, die sich der Rechtspraxis widmen wollen, von Interesse sein wird. Als nämlich unlängst ein Rechtspractikant consequent zu spät ins Bureau kam, machte ihn der betreffende Landesgerichtsrath aufmerksam, daß die Amtsstunden von 9 bis 2 Uhr seien und daß er diese einzuhalten habe. Darauf replicierte der Rechtspractikant mit einer Findigkeit, welche ihm, als künftigen Advocaten, alle Ehre macht, daß diese Verpflichtung nur für definitiv angestellte Beamte gelte, was doch die Rechtspractikanten eben nicht seien. Als er nun auf dieser Ansicht trotz allen Widerspruchs des Rathes bestand, gieng letzterer zum Gerichtspräsidenten, um denselben den Fall vorzutragen. Der Rechtspractikant wurde vorgerufen, wiederholte hier seine Ansicht, indem er sie zugleich begründete. Er sei weder befohlen noch definitiv angestellt, er müsse daher zunächst für seine Existenz und Zukunft sorgen; zu diesem Zwecke müsse er in der Früh studieren, um seine Rigosoren ablegen zu können, dann gehe er ins Bureau und nachmittags gehe er einem Gewerbe nach. Dem Gerichtspräsidenten schienen diese Einwände triftig und zugleich wichtig genug, um hierüber bei der obersten Stelle anzufragen, welche nun, wie die „Alma mater“ mittheilt, dahin entschied, daß ein Rechtspractikant als nicht definitiv angestellter Beamter nicht zur strikten Einhaltung der Amtsstunden verpflichtet sei, wohl aber habe er seinem Vorgesetzten in jeder Beziehung Gehorsam zu leisten.

— (Pferde-Ausstellung in Wien.) Die sechste Section der Landwirtschafts-Gesellschaft veranstaltet im Mai dieses Jahres in Wien in der Weltausstellungs-Notunde abermals eine Pferde-Ausstellung. In Verbindung mit dieser Ausstellung werden hippische Feste (Carroussels etc.) und eine Lotterie nach dem Muster der in Deutschland so beliebten Pferdelotterien gebracht werden.

— (Das Pennyporto-System.) Am 10. d. waren es vierzig Jahre, daß das Pennyportosystem in England eingeführt wurde, und heute hat man sich an dasselbe so gewöhnt, als wäre es nie anders gewesen. Vor 40 Jahren kostete ein Brief von London nach Edinburgh 1.25 M. und durfte nur auf einem Bogen Papier geschrieben sein. Es wurden damals mehrere Briefe auf einen Bogen Papier geschrieben, die dann der Empfänger vertheilte, und nebenbei natürlich wurden viele Briefe geschmuggelt. 1839 wurde das Porto auf 4 Penny herabgesetzt, die Gewichtsscala und der Francaturzwang eingeführt, woran man sich schon gewöhnt. Heute ist das niedrige Porto Gemeingut aller gebildeten Staaten und eine Reaction auf diesem Gebiete wol kaum zu denken.

Locales.

Aus der Handels- und Gewerbekammer für Krain.

(Fortf.)

12.) Das Ersuchschreiben an Industrielle und Kaufleute um Mittheilung ihrer Ansicht, betreffend die Rückwirkung des neuen deutschen Zolltarifes auf die Exportinteressen Oesterreichs;

13.) das Ersuchschreiben an die k. k. Bergbaupolizei in Klagenfurt wegen Bekanntgabe der Maßgebühren zahlenden Bergbaubesitzer pro 1880 und Verständigung der hiesigen Steuerämter in betreff Einhebung der pro 1880 bewilligten 8procentigen Umlage;

14.) der Leobner Kammer wurde die Beitritts-erklärung zur Bildung eines Actioncomités für die bevorstehenden Zollverhandlungen bekannt gegeben und als Mitglied desselben der Vicepräsident Herr Carl Luckmann namhaft gemacht;

15.) die Petition an das k. k. Finanzministerium wegen Ermächtigung des hierortigen k. k. Landeszahlamtes zur Umwechslung von Silbergulden gegen Noten.

Nachdem der Herr Präsident die Gründe auseinandergelegt hat, die ihn zu diesem Einschreiten veranlaßten, genehmigte die Kammer sein Vorgehen.

16.) Die Eingabe an die k. k. Landesregierung um Erlassung einer Verordnung, daß alle im Verkehre befindlichen Gewichte und Wagen vor Ablauf des fünften Jahres nicht nachgeachtet werden müssen, daß nur gehörig geachtete und gestempelte Wagen und Gewichte vom Erzeuger und Handelsmanne am Lager gehalten werden dürfen und daß der Erzeuger sowie

der Handelsmann verpflichtet sind, Gewichte und Wagen, die vor fünf oder mehr Jahren geacht wurden, vor dem Verlaufe nachzuachgen zu lassen. — Die k. k. Landesregierung theilte hierauf mit, daß sie sich demalen nicht bestimmen finden kann, von den mit der Verordnung vom 29. September 1879, Z. 6578, in betreff der Nachachtung erlassenen Bestimmungen abzugehen, worauf eine Eingabe an dieselbe gerichtet wurde, um Verlängerung des für die Nachachtung bestimmten Termins. Infolge dessen hat sich der Herr k. k. Landespräsident bestimmt gefunden, die Termine für die Vornahme der Nachachtung dahin zu verlängern, daß alle in der Zeit bis Ende 1876 geachteten Gegenstände bis Ende März 1880 und die im Jahre 1877 geachteten Gegenstände bis Ende April 1880 der Nachachtung zu unterziehen seien.

Nachdem der Herr Präsident die Gründe auseinandergelegt, die die zweite Eingabe nothwendig machten, hat die Kammer sein Vorgehen gebilligt.

Zur Kenntniss des Plenums wurden gebracht:

1.) Die Mittheilung der k. k. Telegraphendirection in Triest über die Eröffnung einer postcombinierter Telegraphen-Nebenstation in Oberlaibach;

2.) der Erlaß des k. k. Handelsministeriums, nach welchem wegen Abschlußes einer Markenschuß-Convention mit Belgien Verhandlungen im Zuge sind;

3.) die Mittheilung des k. k. Handelsministeriums, daß die Handelsfirma Alfred & Comp. in London Nr. 1 Stephens-Road, Baywater, nicht existiert, wurde veröffentlicht und auf das unreelle Gebahren dieser fingierten Firma aufmerksam gemacht;

4.) das Rundschreiben der Wiener Kammer, betreffend den Export österreichischer Erzeugnisse nach den südafrikanischen Colonien wurde den theilhabenden Kreisen zur Kenntniss gebracht;

5.) die Mittheilung der k. k. Landesregierung, daß die mit sogenanntem „Hausbrand“ im Verkehre vorkommenden Fässer als ungeacht zu betrachten sind;

6.) der Erlaß des hohen k. k. Handelsministeriums, laut welchem das Consortium Rottler & Perschitz und J. B. Schmarba für die k. k. Bosnabahn ein Expeditionsbureau in Wien mit einer Vertretung in Budapest und mit Filialen in Proß, Bosnisch-Prot, Siefkova, Zenica und Serajewo errichtet hat. Die näheren Bestimmungen und Tarife können in der Kanzlei der Kammer erhoben werden.

(Fortsetzung folgt.)

— (Krainische Landwehr.) Nachstehenden Officiere und Aerzte der krainischen Landwehr-Schützenbataillons Laibach Nr. 24 wurde nach vollstreckter Wehrpflicht unter gleichzeitiger Ablegung des Officierscharakters der erbetene Austritt aus der k. k. Landwehr bewilligt: Oberleutnant Dr. Josef Sernec, Lieutenant Dr. Bartholomäus Glantschnig, Bataillonsarzt Dr. Franz Waga und Assistenzarzt Johann Tilly.

— (Benefizvorstellung.) Zum Vortheile der Schauspielerin Frä. Minna Bellau wird heute das „Brennenmädchen von Ems“, Lustspiel in 4 Acten von Georg Horn, gegeben. Wir knüpfen an diese Notiz den Wunsch an, daß das Publicum seinen erklärten Liebling bei dieser Gelegenheit nach Gebühr auszeichnen möge. Frä. Bellau hat im Laufe ihres Engagements so viele Beweise ihrer hohen Begabung, ihres unermüdeten Fleißes und ihres immer willigen Eifers geliefert und dabei ihre persönliche Liebenswürdigkeit bei jedem Anlasse so gewinnend zur Geltung gebracht, daß wir die Ueberzeugung hegen, die Theaterfreunde Laibachs werden der anmuthigen Darstellerin so vieler reizenden Rollen ihre Sympathie und Verehrung durch zahlreiche Betheiligung an ihrem Festabend beweisen.

— (Gemeindevwahl.) Bei der Neuwahl des Vorstandes der Ortsgemeinde Großvöslau wurden Franz Andolsek zum Gemeindevorsteher, Philipp Andolsek und Franz Perzatelj zu Gemeinderäthen gewählt.

— (Theater.) Das am Samstagabend anlässlich des Gastspiels des Herrn Carl v. Bukovics gebrachte Lustspiel „Sport“ von Julius Rosen ist bezüglich der technischen Ausführung entschieden das beste uns bekannte Stück des fruchtbaren Bühnenschriftstellers. Rosen hat hier ausnahmsweise die dramatischen Kunstregeln beobachtet und ein Werk geschaffen, das, abgesehen von einigen Verstößen der Charakterzeichnung, mit Recht klassisch genannt zu werden verdient. Allerdings ist die Exposition zu weitläufig und es kommen auch sonst Scenen vor, welche eine ermüdende Redseligkeit bekunden. Allein die Charakteristik, Verwicklung und Scenierung beruhen auf so natürlicher und interessanter Basis, daß der Erfolg dem Stücke unausbleiblich sein muß. Die Aufführung der Novität war für Laibach vorzüglich und brachte den schönsten Erfolg mit sich, den unsere Bühne seit Jahren zu verzeichnen hat. Alle Darsteller leisteten buchstäblich ihr Bestes und bewirkten so ein musterhaftes Ensemble. Der Gast, Herr v. Bukovics, spielte die Hauptrolle (den pensionierten „Oberst Frankenstein“) so, wie er tagzuvor den „Vauquier von Ringheim“ gespielt hatte, d. h. er gab eine Lustspielfigur in vollendeter Weise mit allen geistvoll erfundenen Nuancen der Mimik. Wir müßten uns nur wiederholen, wenn wir alle eminenten Vorzüge seiner

Darstellung deducieren wollten, jedermann, der eine seiner Leistungen gesehen hat, muß die Ueberzeugung mit sich genommen haben, daß Herr Bukovics ein Schauspieler ersten Ranges ist. Allein auch die hiesigen Kräfte hielten sich vorzüglich und standen dem Gaste würdig zur Seite. Die Damen Fr. Heinke (Belagie), Fr. Andraea-Rühn (Baronin Stoltenhof), Fr. Berthal (Frau Mahler) und Fr. Vellau (Marianne), dann Herr Balazthy (Arnold) und Herr Mondheim (Mithofer) sowie der Gast producierten ein Ensemble, das man sich in unseren Verhältnissen nicht besser vorstellen konnte. Besonders gelungen waren Fr. Andraea und Herr Mondheim. Das Haus war recht gut besucht und beifallslustig gestimmt.

— (Faschingsliteratur.) Auch diese Zeit hat ihre eigene Literatur, so komisch dies auch klingen mag; Beweis dessen drei kleine, zierlich ausgestattete Festsche, die soeben aus dem Verlage der Manz'schen Hofbuchhandlung in Wien in neuer vermehrter Auflage hervorgegangen sind, und sämtliche den in Wien bekannten k. k. Akademie-Tanzlehrer und Tanzschulinhaber Carl Harsch zum Verfasser haben. Die „Werke“ dieses Meisters der Tanzkunst führen die Titel: „Die Conventien“, „Unsere Gesellschaftstänze“ und „Album der Cotillon-Touren“. Ersteres umfaßt die hohe Schule der conventiellen Umgangsformen, speciell im Grusse, nebst einer Würdigung des pädagogischen Wertes eines guten Tanzunterrichtes und schließt mit einem historischen Rückblick auf die Entwicklungsgeschichte der Quadrille französischer. Der Inhalt der beiden übrigen Feste ist durch ihren Titel genügend gekennzeichnet. Der Carneval, in dem wir uns eben befinden, verleih den genannten drei Festsche unfehlbar den Charakter des Zeitgemäßen, wir glauben daher auch, daß sie den Novizen der edlen Tanzkunst als Leitfaden in der Erlernung derselben gelegen kommen und insbesondere auch allen jenen, die sich mit dem Arrangement von Bällen beschäftigen, also in erster Linie Vortänzern und Comitémitgliedern, eine Fülle praktischer Rathschläge bieten dürften.

Original-Correspondenz.

? Krainburg, 18. Jänner. — Dem Vernehmen nach wird der hiesige Stadtverschönerungsverein demnächst seine ordentliche Jahresversammlung abhalten und hierbei auch die im laufenden Jahre mögliche Enthaltung seiner Thätigkeit beraten. Wir sind weit entfernt, uns in die Angelegenheiten dieses, seinen finanziellen Kräften entsprechend wirkenden Vereins einmengen zu wollen, können aber dennoch nicht umhin, demselben ein Project zur Erwägung zu empfehlen, da sich hiefür der gegenwärtige Moment besonders eignet. Anlaß dazu bieten uns lediglich die schon leithin besprochenen, an verschiedenen Plätzen lagernden Schneemassen, bei deren Betrachtung sich uns der Gedanke aufdrängt, wie prächtig an vielen Stellen derselben Kastanienbäume stehen könnten, welche nicht nur der Stadt zur Zierde gereichen, sondern auch wesentlich dazu beitragen würden, Krainburg zu einem angenehmen und von Fremden gerne gesuchten Sommeraufenthalte zu gestalten, was gegenwärtig gerade wegen Mangels an schattigen Plätzen leider nicht der Fall ist. Wir wissen recht wohl, daß dieses Project von einigen unserer Stadtväter als ein unpassendes, wenn nicht undurchführbares bezeichnet werden wird, weil darin möglicherweise eine Einschränkung des Marktverkehrs und der Communication erblickt werden dürfte, müssen aber derartige Bedenken schon mit Hinweis darauf als vollkommen ungegründet bezeichnen, weil einige ortsgerecht zu stehenden Bäume den Marktverkehr und die Communication gewiss weniger betreffen werden, als die ausgedehnten Schneehügel, angesichts deren sich bekanntlich die bedeutendsten Wochenmärkte anstandslos abwickeln. Wir empfehlen daher unsern Vorschlag dem üblichen Stadtverschönerungsvereine nochmals zur eingehendsten und vorurtheilslosen Erwägung.

Neueste Post.

Original-Telegramm der „Laib. Zeitung.“

Wien, 19. Jänner. Die vereinigten Ausschüsse der ungarischen Delegation berathen das außerordentliche Erfordernis für Bosnien und Herzegowina. Verschiedene Fragen Falks, Szilaghy, Hegedüs, Wahrmann und Apponyi beantwortend, gibt der Minister des Aeußern, Baron Haymerle, ausführliche Aufklärungen über die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina. Dieselbe habe heute bereits einen ausschließlich civilen Charakter. Die Administration ist im allgemeinen dem türkischen Schema angepaßt und auf sparsamste eingerichtet. Die türkischen Beamten würden womöglich beibehalten, doch bestand der größte Theil aus Nichteingebornen, welche freiwillig austraten, oder nach Constantinopel zurückberufen wurden. In Justizsachen ist ein doppelter Instanzenzug eingeführt; in Steuerfachen war mit einheimischen Elementen schwer ein Auskommen zu finden; aus Sparamkeitsgründen entfällt auf 20 Quadratmeilen nur ein Steuereintnehmer ohne Hilfsbeamte. Der Minister motiviert die Errichtung einer bosnischen Commission als Central-Controllorgan; das gemeinsame Ministerium fungiert als allerhöchste Instanz, der Reichs-Finanzminister führt namens desselben die betreffenden Agenden. Man könnte sagen: verwaltet wird im Lande, regiert vom gemeinsamen Ministerium. Haymerle weist die große Wahrscheinlichkeit des Gleichgewichtes zwischen Einnahmen und Ausgaben, namentlich mit Rücksicht auf die günstigen Ergebnisse von 1879 nach. Einquartierung und Straßenerhaltung fallen zu Lasten des Landes. Im ganzen leistete das Land bisher für verschiedene Zwecke 1.090.000 fl., welches Resultat so rasch nicht erwartet wurde. Sollten sich später Ueberschüsse ergeben, würden letztere zur Erleichterung der Lasten der Monarchie herangezogen; rücksichtlich der bisherigen Kosten müsse man auch in Anschlag bringen, daß die Pacification erreicht wurde, daß es sich um die Interessen der ganzen Orientfrage handelte. Nicht aus Wunsch nach Vergrößerung, sondern zur wirksamsten Vorbeugung größerer Gefahren erfolgte die Occupation. (Lebhafte Zustimmung.)

Sectionschef Kallay gibt über die confessionellen und hierarchischen Verhältnisse Aufschluß. Die Katholiken haben zwei Bischöfe, die Nichtunierten drei Metropolen, unter dem öumenischen Patriarchen stehend. Den Muhamedanern wird ihrer hierarchischen Verbindung mit Constantinopel keinerlei Hindernis entgegengestellt; die Bakufgüter werden durch muhamedanische Cultusgenossenschaften verwaltet.

Der Reichs-Finanzminister Hoffmann weist nach, daß die Frage der Beamtenpensionierung keine praktische Bedeutung habe; für die türkischen Beamten bestand niemals ein Pensionsnormale. Rüksichtlich der Besteuerung sei der Zehent die wichtigste Steuer. Rüksichtlich der sogenannten Tretina-Abgabe, deren Willkürlichkeit und Ungleichmäßigkeit den wichtigsten Beschwerdepunkt bildete, traf die Regierung Abhilfe durch fixe schriftliche Abmachungen. Den Beschwerden rüksichtlich des Zehents hat die Regierung gründlich abgeholfen, derart, daß die Lösung der Agrarfrage keine acute ist. Für die Berghsteuer ist durch die erfolgte Volkszählung, die 1 1/2 Millionen Seelen ergab, eine bessere Einhebungsbasis vorhanden. Die Uebelstände rüksichtlich der Einhebung der Kleinviehsteuer suchte die Regierung möglichst zu beseitigen. Nach dem Resultate einer wissenschaftlichen Enquete birgt das Land überaus reiche Schätze in forstlicher und montanistischer Beziehung, doch fehlen der Regierung jetzt die Mittel zur Ausbeutung. Die Forste stellten sich fast durchgehend als Staatseigenthum heraus. Der Minister betont die getroffenen Maßregeln behufs Boll-einigung und Einführung der Monopole und indirecter Abgaben. Der Kriegsminister betont, daß im Voranschlage die Verwaltungsposten nicht enthalten sind,

der Zuschuß zu den Eisenbahnbetriebskosten sei eine Heeresausgabe. Der Minister gibt Aufklärung über die Bequartierungsfrage, die Kosten der Barackenbauten wurden zu Lasten der Administration gelegt; die Verpflegung ist gut.

Hierauf wurde der Voranschlag im allgemeinen angenommen. Der Präsident dankte den Ministern namens des Ausschusses. Haymerle dankt für die der Regierung ertheilte Anerkennung. Sodann wurde der Voranschlag auch in der Specialdebatte angenommen.

Wien, 19. Jänner. Die Vorlage über die Arlbergbahn soll demnächst vor den Reichsrath gelangen.

Wien, 18. Jänner. Der Redacteur Scharf veröffentlicht in der „Sonntagszeitung“ die von Fischhof, Etienne und Nieger gezeichneten Emmersdorfer Punctionen, die ein Nationalitätengesetz gegen die Beinträchtigung der Minoritäten, eine Wahlordnung in den „böhmischen Ländern“ nach dem Principe der Gleichberechtigung, das Selbstgouvernement der Länder mit Vorbehalt der Möglichkeit eines freiwilligen Eintrittes der Ungarn in eine gemeinsame Vertretung der österreichischen Union festsetzen. Den Böhmen sei die Möglichkeit zu sichern, vor dem Eintritte in den Reichsrath ihren Rechtsstandpunkt zu wahren.

Prag, 18. Jänner. (Frdbl.) Obersthofmeister Graf Bombelles inspicierte während der letzten Tage die Insel Lincroma und ordnete die Herstellung der gesammten Insel zum Erholungsaufenthalte des Kronprinzen für den nächsten Sommer an.

Peft, 18. Jänner. (Frdbl.) Vollständige Ruhe. Die Polizei überwachte die Ofener Brückenübergänge und die Neupester Linie, Arbeiterzüge verhinnd. Auf den äußeren Straßen reitende Patrouillen. Der Zustand Berhovahs bessert sich stetig.

Madrid, 18. Jänner. Die parlamentarischen Minoritäten fahren fort, sich der Theilnahme an den Sitzungen zu enthalten.

Telegraphischer Wechselskurs

vom 19. Jänner.

Papier-Rente 70.— Silber-Rente 71.15. — Gold-Rente 83.25. — 1860er Staats-Anlehen 132.— Bankactien 837. — Creditactien 294.25. — London 117.— Silber — R. k. Münz-Ducaten 554. — 20-Franken-Stücke 934. — 100-Reichsmark 57.90.

Wien, 19. Jänner, 2 1/2 Uhr nachmittags. (Schlusscourse.) Creditactien 294.50, 1860er Lose 132.—, 1864er Lose 172.—, österreichische Rente in Papier 70.02, Staatsbahn 271.25, Nordbahn 234.—, 20-Frankenstücke 934. türkische Lose 17.50, ungarische Creditactien 271.50, Lombardien 642.—, österreichische Anglobank 146.50, Lombarden 86.25, Unionbank 109.20, Com-munalanlehen 121.25, Egyptische —, Goldrente 83.30, ungarische Goldrente 93.65. Fester.

Angekommene Fremde.

Am 19. Jänner.

Hotel Stadt Wien. Birker Mele, Gottschee. — Stiasny, Grogg, Schweinburger, Freilicht, Pressburger, Kaufleute, und Grab, Reiz, Wien. — Halpert, Rfm, Hohenstein. Hotel Elephant. Steinbrecher, f. k. Rittmeister, Arnoldstein. — Grubt, Hauptmann-Auditor, Pola. — Bohlfsfahrtsstädten, f. k. Oberleut. Wtr. — Weiß, Getreidehändler, Dombovar. — Brunnwasser, Czernowitz. — Neuwirth, Tschakathurn. — Glor-wacki, Montevideo. — Plan, Rfm, Wien. Kaiser von Oesterreich. Banelli Josefina, Laibach.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jänner	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Reaumur	Wind	Richtung des Windes	Niederschlag in Millimetern
19.	7 U. Mg.	738.54	— 8.6	O. schwach	bewölkt	0.00
2	„ N.	739.21	— 5.6	S. schwach	heiter	—
9	„ Ab.	741.92	— 14.6	O. schwach	heiter	—

Morgens bewölkt, tagsüber heiter, sternenhelle Nacht. Das Tagesmittel der Temperatur — 9.6°, um 7.6° unter dem Normal.

Verantwortlicher Redacteur: Ottomar Bamberg.

Börsebericht. Wien, 19. Jänner. (1 Uhr.) Die Börse schien anfangs ganz günstig disponiert, doch zeigte sich im Verlaufe viel Realisierungs-lust.

Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware
Papierrente	70 — 70.10	Böhmen	103 — 104 —	Ferdinands-Nordbahn	234 — 234.50	Bas. Carl-Ludwig-B., 1. Em.	104.50 105 —
Silberrente	71.15 71.20	Niederösterreich	104.75 105.50	Franz-Joseph-Bahn	164.50 165 —	Oesterr. Nordwest-Bahn	98.70 99 —
Goldrente	83.30 83.40	Galizien	96.25 96.50	Galizische Carl-Ludwig-Bahn	256.50 257.75	Siebenbürger Bahn	80.80 81.15
Lose, 1854	124.50 125 —	Siebenbürgen	86.25 86.25	Raschau-Oderberger Bahn	124 — 124.50	Staatsbahn 1. Em.	171 — 171.50
„ 1860	132 — 132.25	Femerer Banat	87.50 88 —	Lemberg-Czernowitzer Bahn	158.50 159 —	Südbahn à 3%	119 — 119.25
„ 1860 (zu 100 fl.)	135.25 135.75	Ungarn	88.75 89.25	Lloyd-Gesellschaft	642 — 644 —	„ à 5%	105.80 106 —
„ 1864	172 — 172.25			Oesterr. Nordwestbahn	161 — 161.50		
Ing. Prämien-Anl.	111.75 112 —			Rudolfs-Bahn	151 — 151.50		
Credit-L.	178 — 178.50			Staatsbahn	270 — 270.50		
Rudolfs-B.	18.75 19 —			Südbahn	86 — 86.25		
Prämienanl. der Stadt Wien	120.50 120.75			Theiß-Bahn	219.50 220 —		
Donau-Regulierungs-Lose	110.75 111 —			Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	127 — 127.50		
Domänen-Planbriefe	145 — 145.50			Ungarische Nordostbahn	141 — 140.50		
Oesterr. Schatzscheine 1881 rück-zahlbar	101 — 102 —			Wiener Tramway-Gesellschaft	221 — 221.50		
Oesterr. Schatzscheine 1882 rück-zahlbar	101 — 102 —						
Ungarische Goldrente	98.60 98.70						
Ungarische Eisenbahn-Anleihe	116.75 117 —						
Ungarische Eisenbahn-Anleihe, Cumulativstüde	116 — 116.25						
Ungarische Schapanw. vom J. 1874	— — —						
Anlehen der Stadtgemeinde Wien in B. B.	101.20 101.40						
Nachtrag: Um 1 1/2 Uhr 15 Minuten notieren: Papierrente 70 — bis 70.10. Silberrente 71.20 bis 71.30. Goldrente 83.30 bis 83.40							
145.10 London 116.95 bis 117.30. Napoleons 9.33 bis 9.34. Silber — bis —							